

10.10.20h  
25085

Wels, am 5. März 2021

gemäß § 18 Absatz 5 StW. 1992 iVm § 7 GOG

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion stellt gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels folgenden Antrag:

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

1. Resolution an die Bundesregierung zur Aufnahme von Flüchtlingen aus den Lagern an der EU-Außengrenze, auf Samos, Lesbos und in Bosnien-Herzegowina. Die Stadt Wels bekennt sich ihrerseits dazu, Flüchtlinge aufzunehmen und angemessen zu versorgen.

**Begründung:**

In Karatepe versinken Menschen, die seit Monaten in Zelten leben, im Schlamm. Krankheiten können sich schnell ausbreiten, Ratten beißen kleine Kinder und die Hoffnung wurde bereits vor Monaten zu Grabe getragen. Auf Samos, nur zwei Kilometer von der türkischen Grenze entfernt, leben auf einer ehemaligen Militärbasis bereits 4000 Menschen – die Kapazitäten reichten aber nur für 650. In Bosnien schlafen Flüchtlinge mit ihren Familien und Kindern im Freien, weil keine adäquaten Unterkünfte zur Verfügung stehen.

Humanitäre Hilfsorganisationen berichten laufend von schrecklichen Zuständen, die in ihrer Brutalität zu fassen beinahe unmöglich sind.

In ganz Österreich werden die Stimmen lauter, die endlich ein Handeln der Politik einfordern. Es haben sich bereits zahlreiche Gemeinden, Städte, BürgermeisterInnen, sowie tausende Privatpersonen bereit erklärt, Menschen aus den Camps aufzunehmen. Die zivilgesellschaftliche Initiative „Courage 144“ verzeichnet über 3000 solcher Aufrufe.

Auch in Wels gibt es ein breites Bündnis, das sich öffentlich für die Aufnahme von Flüchtlingen und die Evakuierung der Lager an den EU-Außengrenzen stark macht. Unter dem Motto „Wir haben Platz“ versammeln sich viele MitbürgerInnen, um auch in Wels eine Welle der Solidarität auszulösen. Sie übernachten als Zeichen ihrer Solidarität an öffentlichen Plätzen – trotz der Kälte.

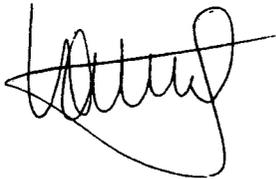
Der Gemeinderat der Stadt Wels soll sich daher an die Seite ihrer engagierten BürgerInnen stellen und an die Bundesregierung appellieren, hier den Kurs zu ändern, aktives Engagement in der Lösung der humanitären Krise beweisen und für die

Achtung der universellen Menschenrechte, wie das Recht auf Asyl als Schutz vor Verfolgung und vor grausamer, erniedrigender Behandlung, eintreten.

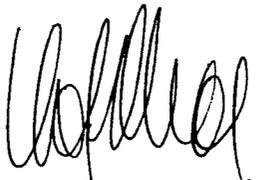
Als EuropäerInnen ist es für uns alle eine Schande, wenn wir verstummen, wenn Menschen im Dreck schlafen müssen und Kinder jeglicher Lebensfreude und Perspektive beraubt werden.

Berichterstatterin:

GR.<sup>in</sup> Laurien Scheinecker, BA



Für die sozialdemokratische Fraktion



(HOFLEHNER)

10 JA (SPÖ, GRÜNE, NEOS)  
21 NEIN (FPÖ, ÖVP)

Beschluss des Gemeinderates  
vom.....**22. März 2021**.....  
Antrag

~~einstimmig~~ - mit Stimmenmehrheit  
~~angenommen~~ - abgelehnt - ~~zurückgestellt~~

Der Vorsitzende:

